

10. Mai 2017

Weitere Förderung der demokratischen Kultur, des gegenseitigen Respekts und des sozialen Zusammenhalts

Antrag der SPD- und GRÜNEN Fraktion

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

der Antrag 21/8891 der SPD- und der GRÜNEN-Fraktion atmet die schwere Luft der deutschen Hoch-Moral. Er ist geschrieben von "den Guten". Das sind die, die sich selbst für "gut" halten -- und es opportun finden, sich abfällig von "den anderen" abzugrenzen, die man -- überheblich und selbstzufrieden -- für "nicht gut" erklärt.

"Die anderen" sind die, die vom Mainstream abweichende Meinungen haben und -- oh Schreck -- diese trotz der Keule der Political Correctness -- auch auszusprechen wagen. Dies allein steht im Konflikt zu dem Postulat in der Betreffzeile des Antrages -- nämlich der "Förderung ... des gegenseitigen Respekts".

Zahlreiche "abweichende Meinungen", die man gern als "randständig" erklären möchte, haben mit den Folgen der unkontrollierten Massenzuwanderung und der regierungsamtlich erzeugten Fiktion einer grenzenlosen Territorialität zu tun. Diejenigen, die dies besonders als Problem empfinden, sind weit überproportional gerade diejenigen Teile der Bevölkerung, die vom sozialen Status her die klassische Klientel der politischen Linken sind (oder waren), wozu auch die Antragsteller gehören.

Ich zitiere dazu den Philosophen Alexander Grau, der kürzlich im CICERO unter dem Titel "*Krise des Sozialismus - warum auch die Linke Patriotismus braucht*" schreibt:

"Es ist dieser Hyper-internationalismus und falsch verstandene Anti-nationalismus, der der politischen Linken nun in Gestalt von Le Pen und Co. auf die Füße fällt."

Der Antrag 8891 hat auch gute Ansätze. Er bekennt sich durch zustimmende Bezugnahme auf die Drucksachen 20/13460 und 21/5039 zu "*effektiven Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus ...*". Dem stimmen wir zu.

Der Antrag schreibt im gleichen Kontext über ein "*Konzept zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus*". Damit meinen Sie ja

sicher den *religiös motiviertem Extremismus* von Muslimen. Denn *religiös motivierter Extremismus* von Christen oder Buddhisten ist nirgendwo in Hamburg ersichtlich. Da stehen wir natürlich an Ihrer Seite.

Wenn wir das gemeinsam schaffen sollten, hätten wir gleich ein weiteres Problem mit-gelöst, auf das der Antrag Bezug nimmt, nämlich die "anti-muslimische Diskriminierung". Eine anti-muslimische Diskriminierung --- die auch wir verurteilen --- würde es vermutlich überhaupt nicht geben, wenn es den intoleranten und aggressiven (+gewaltbereiten) Islam und den *religiös motivierten Extremismus* von Muslimen nicht gäbe. Auch da sind wir ganz an Ihrer Seite.

Das gilt auch für den "Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" (S. 2 oben). Da nirgendwo sonst -- außer in muslimischen Communities -- die Akzeptanz homosexueller und sonstiger Orientierungen in Gefahr ist, haben Sie vermutlich vor, ein Erziehungsprogramm für intolerante Muslime zu machen, das denen sexuelle Toleranz beibringt. Dem können wir zustimmen.

Das gilt auch für meinen letzten Punkt: Sie machen sich in Ihrem Antrag Sorgen um "*die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats*" und "*den Schutz von politischen und gesellschaftlichen Minderheiten*". Die Antragsteller denken dabei ja sicher daran, dass eine bestimmte demokratische Partei in Hamburg und ganz Deutschland vorsätzlich ausgegrenzt, desavouiert, beleidigt und oft genug gewalttätig attackiert wird -- und zwar von einem linksradikalen Mob, der so wirkt, als sei er von 1930 übriggeblieben.

Bestimmt würden Sie -- ebenso wie ich -- erwarten, dass mindestens die anderen demokratischen Parteien hier in der Bürgerschaft sich mit einer gewalttätig attackierten demokratischen Partei solidarisieren. Denken Sie mal drüber nach.